

Presse-Information

Nr. 923

30. April 2009

Heute mit folgenden Themen:

- Bundestag beschließt mehr Rechte für Bahnreisende
- Im Februar weniger Verkehrstote und mehr Sachschäden
- Weniger CO₂-Ausstoß: Bundestag rüstet Fahrzeugflotte ab
- Öko-Auszeichnungspflicht für Reifen vom EU-Parlament verabschiedet
- Neue EU-Regeln sollen Lkw-Verkehr sicherer machen
- Schwerverkehr hat seit Anfang des Jahres um rund 20 % abgenommen

Bundestag beschließt mehr Rechte für Bahnreisende

Bad Windsheim (ARCD) – Noch vor Beginn der Sommersaison hat der Bundestag am 24. April dem Entwurf der Bundesregierung für ein Fahrgastrechtegesetz mehrheitlich zugestimmt. Allerdings fehlt noch das Einverständnis des Bundesrates, der darüber am 15. Mai abstimmen wird. Das Gesetz verbessert die Rechte für Bahnreisende bei Unpünktlichkeit und Ausfall von Zügen im Fern- und Nahverkehr, bei der Haftung für Personenschäden, bei den Informationspflichten der Eisenbahnunternehmen und für Personen mit eingeschränkter Mobilität. Bisher waren Bahnreisende bei Zugausfällen und Verspätungen auf freiwillige Regelungen der Eisenbahnbetreiber angewiesen, in Zukunft haben sie einen gesetzlichen Anspruch. Bei einer Verspätung von mehr als einer Stunde sollen künftig 25 Prozent vom Fahrpreis, bei mehr als zwei Stunden 50 Prozent, auf Wunsch auch in bar, vergütet werden – bisher gab es nur Gutscheine. Liegt die fahrplanmäßige Ankunftszeit zwischen Mitternacht und fünf Uhr morgens, kann der Fahrgast bei einer Verspätung von mindestens 60 Minuten auch ein Taxi bis zu 80 Euro Gebühr nehmen, wenn kein öffentliches Verkehrsmittel mehr fährt. Außerdem muss das Eisenbahnunternehmen eine kostenlose Hotelunterkunft anbieten, sollte wegen Unpünktlichkeit oder Zugausfall eine Übernachtung erforderlich sein. Freuen können sich Nahverkehrsreisende und Pendler, die auch auf kürzeren Strecken künftig ab 20 Minuten Verspätung auf Fernverkehrszüge umsteigen dürfen, sofern dafür keine Platzreservierungspflicht besteht. Bei Personenschäden durch Bahnunglücke stehen den Passagieren und ihren Angehörigen nunmehr Vorschusszahlungen zu, die bei Getöteten mindestens 21.000 Euro betragen müssen. Unbefriedigend ist das neue Gesetz für Bahn-, Dauer- und Zeitkarteninhaber, weil es Entschädigungssummen bei Verspätung und Ausfall nicht genau definiert. Die Deutsche Bahn AG bietet gegenwärtig bei Verspätungen und Ausfällen zwischen 7,50 und 15 Euro für die einfache Fahrt an. Wichtig: Auch künftig können sich Bahnunternehmen auf eine Freistellungsklausel berufen, wenn sie nicht verantwortlich für Ausfälle und Verspätungen sind. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) kritisiert das Angebot von Bahnunternehmen, eine vom Gesetzgeber vorgesehene Schlichtungsstelle in eigener Regie zu betreiben. Dies wäre etwa so, als würde ein Fußballverein den Schiedsrichter für seine Spiele selbst bestimmen wollen. **ARCD**



Presse-Information

Im Februar weniger Verkehrstote und mehr Sachschäden

Bad Windsheim (ARCD) – Im Februar 2009 starben nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) in Deutschland 249 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen. Das waren 46 Personen oder 16 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Auch die Zahl der verletzten Personen ging um 18 Prozent auf 22.400 zurück. Insgesamt ereigneten sich 167.500 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 0,6 Prozent weniger als im Februar 2008. Nimmt man den Januar hinzu, stieg die Zahl der polizeilich erfassten Straßenverkehrsunfälle in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 3,6 Prozent auf 358.400 gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Unfälle mit ausschließlich Sachschaden (321.600) wuchs um 6,3 Prozent, hingegen gab es 15 Prozent weniger Unglücke (36.800) mit Personenschaden. Die Zahl der Verkehrstoten sank um 118 auf 530 Personen oder um 18 Prozent gegenüber Januar und Februar 2008. Die Statistiker erklären die unterschiedliche Entwicklung bei Sach- und Personenschäden mit den herrschenden Witterungsverhältnissen. Auf schnee- oder eisglatten Straßen komme es zwar zu mehr Unfällen, diese seien aber wegen der vorsichtigeren Fahrweise bei solchen Verhältnissen weniger folgenschwer. Außerdem ließen viele Autofahrer ihren Wagen an solchen Tagen stehen. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung sieht das Statistische Bundesamt keinen Grund zur Entwarnung: Im Januar und Februar hätten immer noch im Durchschnitt fast neun Menschen täglich auf Deutschlands Straßen ihr Leben eingebüßt und 806 Menschen pro Tag Verletzungen erlitten. **ARCD**

Weniger CO₂-Ausstoß: Bundestag rüstet Fahrzeugflotte ab

Bad Windsheim (ARCD) – Es geht doch: Der Deutsche Bundestag geht mit gutem Beispiel voran und setzt künftig in seiner Fahrzeugflotte nur noch Modelle der gehobenen Mittelklasse ein, die höchstens 140 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Ab dem Jahr 2012 soll sogar ein Wert von 120 Gramm erreicht werden. Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt informierte jetzt in Berlin über einen entsprechenden Beschluss des Ältestenrates. Noch vor einem Jahr erteilten die Bundestagsausschüsse für Verkehr und Umwelt einem Antrag der Grünen Bundesfraktion (Drucksache 16/9009) auf Anschaffung von klimafreundlicheren Fahrzeugen eine Abfuhr. Die Bundestagsverwaltung verfügt über rund 35 Leasingfahrzeuge, die für jeweils ein Jahr angemietet werden. Hinzu kommen rund 150 Fahrzeuge von externen Dienstleistungsunternehmen, die an Sitzungstagen für den Bundestag fahren. Auch für sie gelten künftig die genannten Grenzwerte. Gegenwärtig sind die Abgeordneten meist noch in Dienstlimousinen mit einem durchschnittlichen CO₂-Ausstoß zwischen 167 und 185 Gramm pro Kilometer unterwegs. Die Fahrbereitschaft des Parlaments steht den Abgeordneten rund um die Uhr kostenlos zur Verfügung. Nicht durchsetzen konnten sich die Grünen mit ihrer Forderung nach kleineren, verbrauchsarmen Autos. Auch ihr Antrag auf Nutzung des bahneigenen Mietradsystems „Call a Bike“ für kurze Dienstfahrten per Drahtesel fand keine Mehrheit. **ARCD**

Öko-Auszeichnungspflicht für Reifen vom EU-Parlament verabschiedet

Bad Windsheim (ARCD) – Detaillierte Angaben über Umweltbelastungen und Treibstoffeffizienz sollen Europas Konsumenten zukünftig bei der Auswahl der Reifen helfen, eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Den entsprechenden Vorschlag der Europäischen Kommission



Presse-Information

hat das EU-Parlament mit einigen Nachbesserungen versehen und mit großer Mehrheit in erster Lesung verabschiedet. Das Parlament will die Reifenkennzeichnungspflicht auf dem Verordnungsweg einführen, da die von der Kommission vorgeschlagene Form der Richtlinie den Mitgliedsstaaten zu viel Spielraum und Übergangszeiten bei der Umsetzung in nationales Recht einräumt. Dies würde auch dem Wunsch der Reifenfabrikanten entsprechen, die sich gleichlautende Regeln auf dem gesamten Binnenmarkt wünschen, könnte aber auf einigen Widerstand im EU-Ministerrat treffen. Berichterstatter Ivo Belet (EVP) rechnet mit einer Annahme in zweiter Lesung in der nächsten Legislaturperiode. Vorgesehen ist eine Auszeichnung nach Klassen A bis G je nach Energie- und Ökobilanz des Reifens. Die Hersteller sollen ab 2012 verpflichtet werden, nicht nur die gesamte Treibstoffeffizienz eines Reifens anzugeben, sondern auch Angaben zur Nässehaftung und zum Messwert für das Abrollgeräusch. Überdies soll eine zentrale EU-Website mit zusätzlichen Informationen für die Verbraucher eingerichtet werden. Auch ein „Verbrauchsrechner“ ist vorgesehen, der es Autofahrern ermöglicht, den Langzeitverbrauch eines Reifens zu errechnen. Durch diese Maßnahme, so Belet, lasse sich eine Reduzierung der Abgase erreichen, die einer Verringerung des Straßenverkehrs um etwa 1,3 Millionen Fahrzeuge entspräche. **ARCD**

Neue EU-Regeln sollen Lkw-Verkehr sicherer machen

Bad Windsheim (ARCD) – Strengere Regeln der gewerblichen Zulassung zum Güterschwerverkehr sollen Europas Straßen nicht nur sicherer machen, sondern auch unlautere Konkurrenz verhindern. Mit überwiegender Mehrheit stimmte das europäische Parlament Vorschlägen zur Einschränkung des grenzüberschreitenden Schwerverkehrs zu und legte klare Regeln für den Berufszugang fest. Ein EU-Zentralregister und ein einheitlicher Vergehenskatalog sollen künftig dazu beitragen, die schwarzen Schafe unter den Spediteuren von der Straße zu holen. EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani begrüßte ausdrücklich, dass „damit auch die Anzahl der Verkehrstopfer reduziert wird“. Wer demnach einen Fahrtenschreiber manipuliert, muss mit dem Entzug seiner Lizenz in ganz Europa rechnen. Dies gilt für alle „schweren Vergehen“, die ein großes Risiko für andere Verkehrsteilnehmer darstellen. Das EU-Zentralregister eingetragener Straßentransportunternehmer soll effiziente und schnellere Kontrollen sowie mehr Sanktionen als bisher ermöglichen. Briefkastenfirmen sollen in Zukunft untersagt sein, und jeder Betrieb muss über einen geprüften „Verkehrsmanager“ verfügen. In der Übergangsphase gelten auch 10 Jahre Berufserfahrung als ausreichender Ausweis der Qualifikation. Der Ministerrat muss dieses Votum noch bestätigen, bevor die Richtlinien rechtskräftig werden können. **ARCD**

Schwerverkehr hat seit Anfang des Jahres um rund 20 % abgenommen

Bad Windsheim (ARCD) – Der Rückgang der industriellen Produktion in ganz Europa hat seit Anfang des Jahres zu einem Rückgang der Lkw-Transporte um geschätzte 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum geführt. Dies geht aus einem internen Analysepapier der Europäischen Kommission hervor, das Krisenauswirkungen auf den Sektor unter die Lupe nimmt. Als Indikatoren des Lkw-Verkehrsaufkommens werden, wo verfügbar, Mautdaten sowie die Anzahl von Neuzulassungen und Insolvenzen herangezogen. Laut IRU (Internationale Straßenverkehrsunion) haben die Konkurserklärungen von Güterverkehrsunternehmen seit Anfang 2008 um 110 % zugenommen. Nutzfahrzeughersteller blieben auf ihren Neufahrzeugen



Presse-Information

sitzen. Im Februar 2009 wurden im Vergleich zum Vorjahresmonat um 43,7 % weniger Lkw über 3,5 t zugelassen, im Segment der schweren Brummer von über 16 t sind es gar – 46,4 %. Während in Frankreich der Schwerverkehr auf Autobahnen im Dezember nur um 5 % gegenüber Dezember 2007 abgenommen hat, waren es in Spanien bereits – 34 %. „Es steht zu erwarten, dass sich dieser Trend in naher Zukunft noch verschlechtert“, wird im Bericht der Kommission fest gehalten. In Österreich etwa sind im Januar 2009 20,3 % weniger Lkw von den Maut-Behörden registriert worden, in Deutschland hat der grenzüberschreitende Schwerverkehr auf Autobahnen um rund 17,3 % (Januar 2009 gegenüber Januar 2008) abgenommen, und in Belgien verzeichnete man an der Hafenzufahrt etwa 22 % weniger Lkw. Beim Krisengipfel von Gewerbevertretern, Kommission und Verkehrspolitikern am 20. April in Brüssel forderte der Güterschwerverkehrssektor Unterstützungsmaßnahmen in Form von Steuersenkungen (auf Mineralöl), Bankgarantien und sozialverträglichen Insolvenzregelungen. Dringend notwendig sei auch ein Ausbau der Straßen. Derzeit hat die Kommission zwar keine weiteren Maßnahmen in Vorbereitung. Im Rahmen des im Herbst geschnürten „Krisenpakets“ sind jedoch 1 Mrd. Euro aus EU-Töpfen zur Ankurbelung der Projekte im Rahmen europäischer Verkehrsnetze (TEN-V) vorgesehen. Der Großteil davon könnte aber in den Schienenausbau fließen, befürchtet die IRU. **ARCD**

